

# Das sächsische Brüning-Dreieck Schied-Edel-Studentkowitz

Von Rudolf Henner

Die Debatte um die Notverordnung im Sächsischen Landtag zeigte die ganze Ausweglosigkeit der Vertreter des kapitalistischen Systems. Man wäre geneigt, eine Parallele zu ziehen zwischen dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei und dieser Landtagssitzung. Nichts zeigt deutlicher die enge Verwandtschaft der SPD mit dem kapitalistischen System wie ein solcher, für die Arbeiter sehr nützlicher Vergleich.

Die mit dem Kapitalismus und seiner Wirtschaft verbundenen Sozialdemokraten zeigten im Leipzig den Arbeitern keinen Ausweg. Die Vertreter der kapitalistischen Parteien, die im Sächsischen Landtag zur Notverordnung sprachen, wählten ebenfalls einen Ausweg zu zeigen. Ja, was das Besondere ist, nicht einmal einen Ausweg für die Kapitalisten. Es wurde viel geredet: So könne es nicht weitergehen, die Notverordnungspolitik müsse aufhören. Der Vertreter der Wirtschaftspartei fügte sich sogar auf die Verfassung und zitierte das „Wunderwort“ von Weimar gegen die Notverordnungspolitik. Aber aus den Worten der Vertreter des Kapitalismus klang die Angst vor dem Proletariat, vor der proletarischen Revolution.

Wenigstens die Form dieser Politik solle man ändern, sagte der Vertreter der Wirtschaftspartei. Die Form ändern, das heißt die Maßnahmen etwas geschickter gegen die Massen durchführen. Aber wie sich dieser Held der untergehenden Welt das vorstellt, verweigert er. Auf den Schmonenglanz der Demokraten und der Staatspartei einzugehen, lobt sich nicht. Sie forderten einen Appell an Brüning.

Den Reigen der Redner eröffnete bezeichnenderweise der Ministerpräsident Schied. Die Verordnung sei zu unlosial. Es werde sofort verlangt. Er habe dagegen protestiert. Dann kam der Song über die Revision der Reparationen. Diese müsse sofort in Angriff genommen werden. Und dann stellte der Minister die Forderung, die Anträge in den Ausschuss zu verlegen. Herr Schied trat als erste Seite des sächsischen Brüning-Dreiecks in Erscheinung.

Die zweite Seite, die Sozialdemokraten, hatten durch eine Flut von Forderungen oder Änderungsanträgen wieder ihr Vorkammler für die Kapitalisten durchgeföhrt. Sie verließen, durch diese Anträge den kommunikativen Anträgen die Bedeutung zu nehmen. Wir haben gefordert, daß Sachsen der Jugend, die aus dem Unterhaltungsbezug herausgeworfen wird, die Unterhaltung von sich aus weiterzahlt. Die Sozialdemokraten nahmen in ihrem Änderungsantrag diese entscheidende Forderung aus unserem Antrag heraus und verlangten, die Regierung soll bei der Reichsregierung für eine Forderungsgrenze unter 1000 Mark einwirken, d. h. Arbeit verdrehen wollen. Wir fordern, daß die sächsische Regierung die Beamtenabgabe von sich aus beschneide. Die SPD hat an: ... soweit sie (die Regierung) die gesetzliche Minderheit hat. Das heißt nichts anderes als die Forderung unmöglich machen. Hier handelt es sich eben um die Aufnahme des Kampfes. Hier müssen alle Farbe bekennen. Die SPD stellt sich schlingend vor die Kapitalisten in Sachsen. Die Beamten bekommen den Gehaltsabbau. Brüning wird toleriert.

Der Redner der SPD versuchte, die erbärmliche Rolle der SPD unter einem Trommelheer von Kommunisten zu verdeutlichen. Aber die Hilfeleistung für die Kapitalisten enthält die Notwendigkeit bei seinen Ausführungen über die Millionärsteuer. Wir verlangen in einem anderen Antrag zur Arbeitsbeschaffung, zur Kulturbildung der Mittel, die Verteilung der Millionäre in Sachsen. Edel erklärt gestern, daß ihnen „Fehlsteuer“ gelagt haben, daß die Verteilung der Millionäre nicht ausreichen werde, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Welch dumme und erbärmliche Ausrede! Wie sagten die Kommunisten, daß das allein ausreicht! Die Kommunisten wollen ja die proletarische Revolution, die Enteignung der Kapitalisten, den Einsatz aller Mittel zum Aufbau, zur Verbesserung der sozialen Lage der Massen und die Erringung der nationalen Freiheit mit allen Mitteln. Für sie ist die Millionärsteuer nur eine ihrer Kampfzieldorderungen gegen die Kapitalisten.

Aber während die sozialdemokratischen Führer die Sondersteuer der Millionäre ablehnen, verlangen Edel im gleichen Atemzug die Sondersteuer von 4000 bis 8000 Mark Einkommen, deren Festsetzung die Kommunisten verlangten. Kann es erbärmlicher und nichtwürdiger Vertreter der Kapitalisten geben wie diese sozialdemokratischen Führer? Sie berufen sich auf die Unselbstständigkeit der Vertreter. Sie bewilligen den Wehretat, und sie fordern die arbeitenden Massen auf, still und ruhig zu dulden, alle Leiden zu tragen und die Millionäre ungehört zu lassen. So arbeiten sie für den Kapitalismus und die kapitalistische Diktatur. Die Arbeitenden, die diesen „Vertretern“ folgen, müssen jetzt erkennen: diese „Führer“ führen sie nur in größere Not und größeres Elend.

Besonders für die arbeitenden Massen war aber auch die Rede des Nationalsozialistischen Studentkowitz. Dieser bisher „milde Mann“ der nationalsozialistischen Fraktion trat als das mit vollem Erfolg geschämte Schöpsbüchsen der Schwerindustrie, des Hütten- und Hüttenberg auf. Mit viel Fleiß hatte er die Reden der Brüning-Müller-Severing über die Unterwerfung unter die Tributpolitik zusammengetrogen. Gegen die Kommunisten, die einzige Partei, die es wagt, von einem Widerkampf gegen die englischen und französischen, gegen die amerikanischen Youngpänder nach der Eroberung der Macht, durch eine freie, sozialistische Nation zu sprechen, machte er die feindselige Bemerkung: „Sie suchen vor dem ausländischen Kapital...“ Armeliger Youngpänder, der „verpakt“, daß seine Partei den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngpänder ablehnt!

Über worin bestand der Ausweg des nationalsozialistischen Heiden, der sich keine Rede, um ja nicht auszusprechen, schämte aufzurufen hatte? Das einzige, was er verlangte, war, Schied soll mit Brüning verhandeln. Das war alles. Das lagen die Sozialdemokraten auch, das lagen alle kapitalistischen Vertreter. So zeigte sich die rassistische Partei als eine Kommunistenpartei, ein würdiger Kompanion der SPD, die dritte Seite des Brüning-Dreiecks in Sachsen. Wahrlich, es war ein glänzender Ansehungsunterricht, den die Parteien boten.

Nur die Kommunisten gaben den Weg: Eroberung der Macht durch das Proletariat. Einstellung aller Mittel in den Aufbau. Schluß mit den Tributaten. Verteidigung eines freien Sowjetdeutschlands!

Nur da ist der Ausweg, aber mit ein Ausweg für das arbeitende Volk, nicht Medizin, Heilmittel für die Schmarotzer, für die Ausbeuter bedeutet dieser Weg das Ende ihrer Diktatur. Deshalb der müde Hof, mit dem die Kapitalisten die kommunikativen Vorschläge verfolgen und abspürigen versuchen. Aber über diesen Weg entscheidet ja keine Parlamentsmehrheit. Die Massen haben das Wort! Aber auch nicht Worte gelten, die Laten entscheiden die Gewalt. Verläßt die Reichen der Kapitalisten, die SPD und die KSDAP! Kampf mit den Kommunisten um die soziale und nationale Befreiung! Das ist der Appell der Kommunisten an alle von dem Hungertod des Kapitals betroffenen Werktätigen.

# Glabenzüge des Arbeitsdienstes rollen

Auf Grund der Notverordnung / Schiedreglerung befehlt Zwangsarbeit in Baugen

Der durch die neue Notverordnung diffinierte „freiwillige Arbeitsdienst“ ist von der Brüning-Regierung sofort aufgegeben worden. Schon sind zahlreiche Transporte von Weiddeutschland nach dem Osten gegangen; ein Berliner Blatt schreibt, daß bereits 20 000 Arbeitslose verpackt worden sind. 50 000 Mann sollen allein nach Ostpreußen geworfen werden.

Die Organisation wird vom Reichsminister Treptz aus geleitet, die Führer der sächsischen Wehrevorstände und die Gewerkschaftsbürokratie wirken zusammen, und besonders eifrig beteiligen sich die christlichen Gewerkschaftsführer. Von den Mitteln der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung, also von den Beiträgen, die den Arbeitern vom Lohn abgezogen werden, fließen der Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes täglich 2 Mark pro Mann zu, weitere Mittel werden der Reichsanstalt entnommen. Die Beschäftigten müssen unter militärischer Disziplin Bodenkulturungsarbeiten ausführen. Es handelt sich um wahre Zwangsarbeit. In erster Linie sollen sächsische Elemente eingezogen werden, doch werden auch andere Arbeitslose unter der Drohung, daß sie sonst keinerlei Unterstützung erhalten, zur Zwangsarbeit gezwungen. Der Hauptzweck der Organisation ist, eine militärisch gedrehte Truppe zur Hand zu haben, die jederzeit gegen Streikbewegungen und sonstige Arbeiterkämpfe eingesetzt werden können.

Baugen, den 17. Juni.

Die von der „linken“ SPD tolerierte sächsische Regierung macht die Stilllegung von Geldern abhängig von der Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht. Die Stadt Baugen, bekannt durch ihre Subventionenpolitik, führt die Regularisierung des Albrechtsbaches durch. Der Jungdeutsche Orden hatte gefor-

dert, daß seine Anhänger auf dem Wege der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht dieses Projekt ansühnen. Schon am 8. Mai hatte die Mehrheit der Baugener Stadtverordneten die Ausführung der Arbeiten auf dem Wege der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt und gefordert, daß diese Arbeiten im freien Arbeitsverhältnis unter tariflicher Bezahlung durchgeführt werden. Der reaktionäre Rat hat gegen den Beschluß der Stadtverordneten Einspruch erhoben und begründet seinen Einspruch, daß durch die Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht der Stadt Baugen finanzieller Schaden entstünde. In der Sitzung am 4. Juni führte der Ratsobersteher aus, daß die sächsische Regierung nur dann 70 Prozent der Kosten des Baues übernimmt, wenn diese Arbeit durch freiwillige Arbeitsdienstpflichtige durchgeführt wird. Diese Stellung zeigt ganz deutlich, daß die Schied-Regierung kein Mittel scheut, um die Arbeitsdienstpflicht in den Gemeinden und Bezirksverbänden durchzuführen. Interessant war die Stellung des Rates, der dieses Projekt nicht grundsätzlich ablehnte, sondern betonte, daß er dagegen sei, weil die Pflichtarbeiter keine Baugener Arbeiter seien, sondern Jungdeutsche von auswärts. Die Sozialdemokratie stimmte ebenfalls aus Furcht vor der Arbeiterkämpfe gegen diese Notverordnung ab, obwohl sie bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes als einzige Partei den Haushaltsplan mit allen seinen weltlichen Verschlechterungen auf sozialpolitischen und steuerlichen Gebieten annahm! Die Notverordnung wurde wieder um abgelehnt. Der Einspruch geht an die Gemeindevorstände, und dieselbe wird diese Pflichtarbeiter funktionieren.

Der Kampf gegen die Pflichtarbeiter, deren ungeheure Gefahr rechtzeitig erkannt werden muß, wird natürlich außerparlamentarisch geführt werden müssen.

# Feststellungen für Toni Gender

Wels' Medium will Dresdner SPD-Arbeitern die Verratspolitik schmachhaft machen

Die Empörung der Dresdner SPD-Arbeiter, ihre Enttäuschung über den SPD-Parteitag und ihr Unmut nach links hat die sächsischen Dresdner sozialdemokratischen Führer, die Wels, Edel und Witz veranlaßt für heute eine Funktionärerversammlung einzuberufen, in der Toni Gender sprechen soll. Sie soll versuchen, die SPD-Arbeiter einzuspüren und zu betriegen. Um diese schändliche Absicht zu durchkreuzen, stellen wir fest:

1. Toni Gender hat auf dem SPD-Parteitag für die Resolution Tarnows gestimmt, deren Linie die Heilung und Säugung des Kapitalismus, statt seiner Bekämpfung und seines revolutionären Sturzes ist.

2. Toni Gender hat die bisherige Tolerierungspolitik gebilligt.

3. Toni Gender hat in ihrer Diskussionsrede auf dem SPD-Parteitag phrasenhaft erklärt:

„Gegen einen weiteren sozialen Abbau müssen wir unseren ganzen Widerstand wenden, um so mehr, da wir befürchten müssen, das nur eine erste Etappe sein könnte. Der Parteitag muß dieser Regierung ein Halt entgegenstellen.“

Wir stellen fest, daß der SPD-Parteitag der Brüningregierung kein „Halt“ entgegenstellt, sondern ein „Vorwärts“ auf dem arbeitereindlichen Wege. Wir stellen fest, daß die neue Notver-

ordnung einen fürchterlichen sozialen Abbau bedeutet und daß die SPD nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern die Notverordnung unterstützt, den Reichstag weiter ausschaltet, den Notverordnungsantrag Brüning gestützt hat. Was nun Toni Gender? Welchen Schwindel gedankt Sie heute vorzutragen, um diese arbeitereindliche Politik der SPD den SPD-Arbeitern schmachhaft zu machen.

4. Toni Gender hat bei der Abstimmung über die Disziplinierungsresolution Rompe halb und halb gestimmt, sie enthält die wesentlichen Punkte und beachtet damit ihren Rat, was der „linken“ Phrasologie zur offenen rechten Konspiration und Notverordnungspolitik zum Ausdruck.

5. Als Toni Gender auf dem SPD-Parteitag etwas zu viel Phrasen machte, rief ihr Wels zu: „Hör auf, Toni!“, was gehorisch hätte lauten müssen. In der Tat ist sie ein Herz und eine Seele mit Wels, Edel u. Co.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre werden gut tun überjenseits dem Medium Wels ein deutliches „Hör auf Toni!“ zuzurufen, mit dem ganzen Dresdner Führerkorps und der SPD Schluß zu machen und in Massen zur SPD, zur einzigen Partei überzutreten, die gegen Notverordnung und Brüningdiktatur kämpft, die die Volkspartei für Arbeit, Brot, Freiheit organisiert und allein das Banner des Marxismus hochhält.

# Der äußerst nervöse Edel

Wie zu erwarten war, versucht Oscar Edel in der Dresdner Parteivorstellung die Enthüllung sozialdemokratischer Parteimitglieder in der Arbeiterstimme abzuleugnen. Wie Edel es jedoch tut, das ist ein wertvoller Ansehungsunterricht für die SPD-Arbeiter, insbesondere für die Genossen, die uns die Berichte übermitteln haben. Interessant ist dabei, daß Edel sich nur über sehr nebensächliche Dinge verbreitet. Ob er 2½ oder 1½ Stunden gesprochen hat, ist gewiß unentscheidend. Darauf hat wohl der SPD-Arbeiter, der uns den Bericht übermittelte, auch nicht den Hauptwert gelegt. Wesentlich ist, daß der Besuch der Versammlung ein katastrophaler war. Herr Edel umschreibt das mit den Worten: „Die Versammlungen sind glänzend und außerordentlich harmonisch verlaufen.“ Wie harmonisch sie verlaufen sind, beweist nicht nur das Auftreten von Oppositionsrednern in allen Versammlungen, sondern vor allen Dingen das Nichteingehen des Herrn Edel auf die entscheidenden Tatsachen. Edel leugnet den Jargon: „Doch und wieder dich nur nicht!“ Wahrscheinlich wird er seinen Genossen gegenüber antworten, er habe ihn nicht gehört. Aber nichts sagt er über die häßliche Ablehnung, die die Ausführungen Scheinplugs fanden und die Auseinandersetzungen mit Nadeln werden ebenfalls tschakwigen. Von Johannstadt erzählt er nur, daß ein Augenzeuger gegen die Haltung der sächsischen Delegation eine Entschuldigungsrede gehalten habe, für die außer dem Antragsteller niemand da war. Er sagt kein Wort über die Ausführungen des SPD-Mitglieds Kuback, der die Stilllegung der SPD-Fabrik zur Komplexion mit dem Ausbruch „redliche Gehörts!“ belegte. Herr Edel erzählt auch nicht, wieviel Redner gegen ihn und wieviel für ihn gesprochen haben. Vor allen Dingen schwieg er sich darüber aus, daß während der Rede des Reichsbannerhauptlings Kameisch, der für ihn sprach, ein großer Teil der Versammlung fortging und daß diese Ablehnung gerade darauf zurückzuführen ist. Unverständlich ist ebenso seine Ablehnung der scharfen Auseinandersetzungen zwischen Edel und der Jugend in Neudorf-Bezirk. Auch hier wird nach bekannter Manier abgelehnt, daß Edel von der Jugend das behauptet hat, was schon bei früheren Auseinandersetzungen vom sächsischen Bezirksvorstand gegen die rebellierenden SPD-Genossen gesagt worden ist, aber er schwieg sich darüber aus, was dann eigentlich dazu geführt hat, daß der Redner der SPD dem Vorstand ihre Mandatskarte auf den Tisch warfen. Das sagt Edel nicht einmal abzuwehren; denn auch darüber schwieg er nicht. Wenn Oscar Edel, der jetzt unerschrocken als Vokal der Wels u. Co. auftritt, die Ausführungen der SPD-Arbeiter und ihre Feststellungen durch und aus eine Basis heißt mit dem Komplexionswort der „Tribüne“, so lagen wir und mit uns bestimmt auch die ehrlichen Teilnehmer an diesen Mitgliederversammlungen nur: Zwei Teufel!

Genau gesprochen wie diese Ablehnungsversuche ist der Bericht über den öffentlichen Diskussionsabend der Cottauer Parteigruppe in Schürsteden, der ja nicht als „große Kundgebung“, sondern als öffentlicher Diskussionsabend angekündigt war. Daß wir Kommunisten in den Augen der Edel und Konigsten eine „Pleite“ nach der anderen erleben, ist uns ja zu Gemüte bekannt. Wenn aber die „Tribüne“ so ausläßt, daß in jeder kommunikativen Versammlung, gleichgültig, ob es sich um eine große Kundgebung oder um einen Diskussionsabend handelt, Arbeiter ihren Platz in der kommunikativen Partei zu erklären, so läßt sich die kommunikativen Partei bei solchen „Plätzen“ recht wohl. Im übrigen haben die dort anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter sehr aufmerksam den Ausführungen der Referenten gelauscht. Und auf welche niedrigen Niveau diese Reden, bewies am besten die Tatsache, daß dort portallöse Arbeiter auftraten, die erklärten, sie haben die Heberzeugung gewonnen, man müsse Mitglied der kommunikativen Partei werden, wenn man es ehrlich mit dem

Arbeitervolk meint. 6. Neuaufnahmen wurden dort getätigt. Die Beschimpfungen und Verleumdungen der Dresdner Volkspartei und der Partikularisten der SPD, werden uns Kommunisten nicht davon abhalten, ehrlich und offen mit jedem sozialdemokratischen Arbeiter zu diskutieren und die Grundlage für eine wirkliche Einheitsfront aller Arbeitenden zu schaffen. Die ebenfalls gelegentlich, aber durch diese Ablehnung doch nicht aus der Welt zu schaffen Hebertritte von SPD-Arbeitern zur SPD beweisen zur Genüge, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Edel und Konigsten werden ihre Einheitsfront mit Schied und Brüning mit dem Verlust der besten proletarischen Elemente bezahlen müssen.

# Was nun, Herr Kleineibitz?

Die „linken“ Betrüger erwisch!

Am Dienstag den 16. Juni veröffentlichte der „linken“ Kleinzeitung in der Volkszeitung für die Oberlausitz einen „bifalen“ Beitrag, „gegen“ Lades Tiraden. Zu diesem Brief schreibt die Redaktion, also Herr Kleineibitz selbst, eine Bemerkung zu den Abstimmungen im Kleinzeitsauschuss des Reichstages. Diese Bemerkung beginnt mit folgenden Worten:

„Seit die Entscheidung der Fraktion. Wie wir nicht sprechen dürfen, daß sie zu einer Kampfanlage gegen das hartzhörige Kabinett Brüning wird.“

Was er Gemeinlich erklärte im Sächs. Volksblatt ebenfalls vor der Abstimmung:

„Es ist also nun soweit, daß unter dem Zwang der Verhältnisse die Schwarmpartei in die von der Opposition seit langem geforderte politische Linie einzuweichen muß... Wir sind dahin (bis zur letzten Einberufung des Reichstages), wir für keine Ausweichungen bestehen, die Notverordnung nicht geändert, dann wird die sozialdemokratische Fraktion am Dienstag sich für die Einberufung des Reichstages entscheiden, was praktisch das Ende der bisherigen Tolerierungspolitik bedeutet und was dann die Sozialdemokratie in die Opposition gegen die alte oder eine neue Regierung Brüning bringt.“

Das erzählen diese „Linken“ vor der Abstimmung. Vor Dienstag lehnte die SPD nicht nur den Antrag der KPD auf Reichstagsauflösung ab, sondern auch den eigenen Antrag auf Einberufung des Hauptauschusses! Weil es Herr Brüning so wünschte — und weil er damit gerechnet wurde! Was werden die Herren Kleineibitz und Genremich nun ihren Anhängern vorzulegen? Sie werden einen neuen Dreh finden, ein bißchen angelegentlich „Opposition“ machen — werden sich aber die selbigen und betrogenen ehrlichen SPD-Proletarier diesmal erneut beschwindeln lassen? Der Sturm in der SPD beweist, daß die „linken“ Helfershelfer der Wels u. Co. die Grenze überschritten haben! Die Quittung der Arbeiter wird nicht ausbleiben.

# UB Dresden — UB Leipzig

im revolutionären Weltkampf

Ortsgruppen, Betriebs- und Streikvereinigungen, mehr! In u. e. n. d. e. r. e. r. m. i. t. t. e. l. n. g. d. e. r. r. o. t. e. n. K. o. l. l. e. k. t. i. v. e. n. K. a. m. p. f. e. n. a. m. 28. J. u. n. i. D. a. s. S. t. u. r. m. b. a. n. n. e. r. d. e. r. K. P. S. a. c. h. s. e. n. m. u.ß. d. e. r. U. B. D. r. e. s. d. e. n. e. r. o. b. e. r. e. n.